

Wiederherstellende Gerechtigkeit statt Almosen

Gertrud Ochsner und Martina Egli

Vier Männer und zwei Frauen im Minibus-Taxi unterwegs auf Südafrikas Strassen, aufgeregt debattierend: Habt Ihr das gehört? Wir zahlen mehr für den Schuldendienst als für unsere Gesundheit. – Was? Ich habe doch gar keine Schulden. – Du vielleicht nicht, aber der Staat. – Wer bitte ist in diesem Fall “der Staat”?! Ich habe eine Studie gelesen. Darin steht schwarz auf weiss, dass wir einen grossen Teil der Auslandsschuld vom Apartheidregime geerbt haben. – Ein Erbe, erst recht ein illegitimes, müsste doch ausgeschlagen werden können... – Sag, wie gross ist denn diese Apartheidschuld? – Ende 1993 betrug sie 25,5 Mrd. Dollar, davon 8,2 Mrd. Dollar Schulden des Regimes und seiner Verwaltung, jene der Staatsbetriebe betrug 9,2 Mrd. Dollar. Alle Auslandsverpflichtungen Südafrikas, inklusive Investitionen von Konzernen, beliefen sich gar auf 37,2 Mrd. Dollar. Und stellt euch vor: Als Abschiedsgeschenk haben sich die Weissen Herren noch eine fette Pension organisiert. Auf Pump. – Du meinst: Auf unsere Kosten? – Genau. – Puhh! – Das ist ja hässlich! – Unerhört! – Warum sollten WIR das bezahlen? Als ob wir für den Apartheidwahn der Weissen, ihre Privilegien und ihre Grausamkeiten nicht schon genug bezahlt hätten! – Das ist ja, als würden sie uns ins Gesicht spucken, in die Gesichter unserer ermordeten und gefolterten Brüder und Schwestern! – Nein, Nein, Nein. Ich schulde nichts und zahle auch nichts. – Und WEM, sagst Du, sollten wir bezahlen? – Zum Beispiel mir... diese Taxifahrt hier ist nämlich nicht gratis. – Ok., schon gut. Hier. – Danke. – Nochmals: Wer verlangt von uns Zinsen und Rückzahlungen? – Just jene Banken, welche anstatt die Sanktionen zu unterstützen, dem Regime bis zuletzt Kredite zur Verfügung gestellt hatten: Banken in den USA, in Grossbritannien, in Deutschland... und natürlich die Schweizer Banken. – Waren es nicht auch die Schweizer Banken, die unser Gold zu Spottpreisen gekauft, von unserem Schweiss, vom Blut unserer Brüder profitiert haben? – Alles was Recht ist. Aber die Reihe wäre nun doch eigentlich an uns, eine Rechnung zu stellen.

Dies ist nur eine der Szenen, welche das Strassentheater “Bosele Story Tellers” an der Konferenz über die Entschädigung der Opfer der Apartheid aufführte. Es war toll, den Fakten, welche in der Apartheidschulden-Studie von Mascha Madörin und Gottfried Wellmer¹ aufgearbeitet und vor einem Jahr publiziert wurden, in Südafrika in dieser Form wiederzubegegnen. Beeindruckt hat vor allem die Schärfe, mit welcher die KünstlerInnen die Ungeheuerlichkeit der internationalen Dienste für das Apartheidregime und deren Folgen für das heutige, demokratische Südafrika zum Ausdruck brachten.

Eklatante Gegensätze

Tatsächlich wurde in Südafrika in den letzten Jahren nur gerade für die Bildung mehr ausgegeben als für den Schuldendienst. Dieser betrug 1999 über 22 Prozent des Staatsbudgets. Entsprechend eng ist der Spielraum für dringende Aufwendungen im Sozialbereich. Zwar erachtet es das demokratische Südafrika als gesellschaftliche Aufgabe, die Armut zu überwinden, und hat als eines der wenigen Länder soziale und wirtschaftliche Rechte in der Verfassung verankert. Dennoch: Die Unterschiede in den Lebensbedingungen sind in kaum einem Land so gross wie in Südafrika. Das Einkommen der ärmsten vierzig Prozent der Bevölkerung ist in den letzten Jahren um 21 Prozent gesunken. Anfang 1999

gaben Schwarze pro Haushalt durchschnittlich 14 Prozent dessen aus, was sich ein weisser Haushalt leisten kann. 1993 waren es 12 Prozent. Mehr als eine halbe Million Arbeitsplätze gingen verloren, die Arbeitslosigkeit beträgt 37 Prozent. Über 90 Prozent der SchulabgängerInnen haben in Südafrika keine Aussicht auf einen Job in der formellen Wirtschaft, in Grossbritannien sind es zirka 30 Prozent. Die Realisierung des Programms für Wiederaufbau und Entwicklung (RDP), mit welchem die erste demokratisch gewählte Regierung 1994 angetreten ist, rückt immer weiter in die Ferne.

Der Kampf geht weiter

Dass in Südafrika die Verfassungsgrundsätze und die Lebensrealität von Millionen von Menschen mehr und mehr auseinander klaffen, ist politisch zunehmend brisant. Jahrzehntelang kämpfte die Mehrheit der südafrikanischen Bevölkerung für Demokratie und Freiheit. Heute fordert sie ihre festgeschriebenen Rechte ein. So hat Ende April eine Gruppe von Frauen, Männern und Kindern, welche in Townships ausserhalb von Kapstadt leben, beim Verfassungsgericht eine Sammelklage eingereicht. Sie erheben Anspruch auf ein menschenwürdiges Dach über dem Kopf. – Die im Budget 2000 vorgesehenen Aufwendungen zur Verbesserung der Wohnverhältnisse sind um real 14 Prozent geringer als die letztjährigen Ausgaben, diejenigen für Wasserversorgung sinken um mehr als 7 Prozent. “Der Kampf geht weiter”, betonte denn auch die grosse alte Dame des Widerstands, Fatima Meer, an der Entschädigungs-Konferenz. “Solange Armut herrscht, gibt es keine Freiheit. Die Bekämpfung der Armut ist die grosse Herausforderung für unsere Gesellschaft, für unsere Demokratie.” Damit verlieh sie der immer breiter abgestützten Forderung nach Reparationen Nachdruck.

Mehr als Armutsbekämpfung

Mit ihren Worten stiess Meer ganz besonders bei den vorwiegend jungen Frauen und Männern aus den Townships und den benachteiligten, ländlichen Gebieten Südafrikas auf offene Ohren. Zunehmend enttäuscht und zornig verlangen sie nämlich würdige Lebensperspektiven und setzen grosse Hoffnungen in die internationale Kampagne, welche die Streichung der Apartheidschulden sowie die Rückzahlung bisher geleisteter Schuldendienste fordert. Zudem sollen jene Staaten und Unternehmen, die von der Apartheid profitiert haben, Entschädigungen leisten, die – analog zum Marshall-Plan nach dem Zweiten Weltkrieg – einen Wiederaufbau und Entwicklung ermöglichen, in Südafrika wie auch in den Nachbarländern, welche unter den vom Apartheid-Krieg verursachten Schäden leiden. Diese Forderungen brachte der anglikanische Erzbischof Südafrikas, Njongonkulu Ndungane, anlässlich seines Besuchs in der Schweiz gegenüber Aussenminister Deiss vor. “Wir leiden unter einer Schuldenlast, die das internationale Recht im Prinzip als illegitim anerkennt”, betont er. “Wir verlangen keine Almosen, sondern Gerechtigkeit. Wiederherstellende Gerechtigkeit.” Es geht um mehr als Armutsbekämpfung, es geht um die Einforderung von Recht, von Menschenrecht.

Zum einen drängen in Südafrika immer mehr Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Einzelpersonen immer eindringlicher darauf, dass die Regierung die Opfer der Apartheid endlich entschädigt, wie es die Wahrheits- und Versöhnungskommission (TRC) vorgeschlagen hat. Damit steht zunehmend auch die Glaubwürdigkeit der neuen Regierung zur Debatte. Sie nämlich hat den Tätern, welche ihre Verbrechen vor der Wahrheits- und Versöhnungskommission gestanden haben, bereits Amnestie gewährt. Wahrheit gegen Straffreiheit. “Es war für Tausende schwarzer Familien wichtig herauszufinden, wie und wo ihre Angehörigen umgekommen sind”, sagt Erzbischof Ndungane. “Doch jetzt beginnen sie zu zweifeln. Sie fordern zunehmend Vergeltung. Das bedroht den noch immer fragilen Frieden.”

Unrechtsregim als Investitionsfaktor

Ein Grund, weshalb die Opfer noch immer auf ihre Entschädigung und die Umsetzung des RDP warten müssen, liegt darin, dass die Staatsfinanzen angesichts der auf die Interessen der internationalen Wirtschafts- und Finanzkapitäne ausgerichteten Politik der Regierung äusserst knapp sind. Ihre bei Machtantritt gehegte Erwartung, die ausländischen Konzerne würden die neue Demokratie mit Investitionen und der Schaffung von Arbeitsplätzen belohnen, blieb weitgehend unerfüllt.

“Schweizer Unternehmer und Banker etwa”, so ein Fazit von Mascha Madörin, “haben nach 1993 eine Investitionszurückhaltung gezeigt, die man ihnen für die Apartheidphase nicht attestieren kann.” Für sie und andere ausländische Konzerne hat der Wechsel zur Demokratie keine verbesserte Rechtssicherheit gebracht. Wie Rudolf Kummer, Staatssekretariat für Wirtschaft (seco), an einem Podiumsgespräch mit Erzbischof Ndungane richtig feststellte, konnten sie sich unter dem Apartheidregime gemeinsam mit der weissen Minderheit am Kap auf eine funktionierende Rechtsordnung verlassen – ungeachtet der Tatsache, dass diese der grossen Mehrheit der Bevölkerung per Verfassung die grundlegendsten Mitbestimmungs- und Freiheitsrechte verwehrte.

Ausländische Komplizen im Blickfeld

Kein Wunder also, richten die NGOs in Südafrika heute ihren Blick über die Landesgrenzen hinaus und wächst ihr Interesse, auch die Wahrheit über die internationalen Finanz-, Wirtschafts- und Politverflechtungen während der Apartheid aufzudecken. “Das Apartheidregime”, sagt Ndungane, “hat die ausländischen Kredite als Möglichkeit genutzt, um Verhandlungen hinauszuschieben und die Repression zu verstärken. Jene, welche die Apartheid unterstützten, indem sie ihr Finanzmittel verschafften, sind als Komplizen zu bezeichnen.” – Komplizen jener Politik, welche die UNO-Vollversammlung bereits 1973 als Verbrechen gegen die Menschheit bezeichnete. Bereits in den 80er Jahren verurteilte die Befreiungsbewegung ANC deshalb die Rolle der Banken als einen “Akt der Unmenschlichkeit”. “Zu gegebener Zeit”, sagte damals die heutige Regierungspartei, “wird sich die südafrikanische Bevölkerung daran erinnern, dass die Banken aus dem Elend unserer Leute Profite schlugen.” Aus Sicht der internationalen Apartheidschulden- und Reparationskampagne ist dieser Zeitpunkt nun gekommen.

... und die schweizerischen im Besonderen

Dass deren Forderungen sich heute – nicht nur, aber doch ganz besonders – an die Schweiz richten, ist kein Zufall: Bekannterweise unterstützte die Schweiz die Finanzsanktionen gegen das Apartheidregime nicht. Mehr noch: Die Schweizer Banken trugen insbesondere von 1985 bis zum Höhepunkt der Sanktionen bedeutend bei zur Finanzierung des Regimes. Besonders brisant ist dabei die Rolle des ehemaligen Präsidenten der Schweizerischen Nationalbank, Fritz Leutwiler. Als das Regime 1986 vor dem Bankrott stand, leitete er die Umschuldungsverhandlungen zwischen Regierung und Gläubigerbanken. Die Grosszügigkeit der unter seiner Regie ausgehandelten Bedingungen überraschte selbst die Vertreter der südafrikanischen Regierung. Leutwiler handelte allerdings auch im Interesse der Schweizer Wirtschaft: Gemäss Schätzungen von Mascha Madörin hat sie allein zwischen 1985 und 1993 jährlich über 500 Mio. Franken an Zinsen aus Südafrika herausgeholt.

In Bern hat Erzbischof Ndungane das Anliegen vorgetragen, die Schweiz möge die begonnene Wahrheitssuche weiterführen und dabei insbesondere auch die privaten Archive – wie die der Banken – miteinbeziehen. Ganz so ernst haben es Bundesrat und Parlament bisher allerdings doch nicht gemeint. Denn gerade die für die Aufarbeitung der Wirtschafts- und Finanzbeziehungen wichtigen privaten Archive werden für die Untersuchungen im Rahmen des jüngst beschlossenen Nationalfonds-Programms vorerst nicht zugänglich sein. Das

Parlament lehnte es 1999 ab, einen entsprechenden Bundesbeschluss zu erlassen. Bleibt zu hoffen, dass das letzte Wort noch nicht gesprochen ist.

ⁱ "Apartheidschulden. Der Anteil Deutschlands und der Schweiz." von Mascha Madörin und Gottfried Wellmer und einem Beitrag von Martina Egli. (Febr. 1999). Zu beziehen bei der AFP (siehe Talon).